

Presseinformation



Landtagsfraktion Schleswig-Holstein

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Zentrale: 0431 / 988 – 1500
Durchwahl: 0431 / 988 - 1503
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de
www.sh-gruene-fraktion.de

Nr. 306.19 / 28.08.2019

Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 15 – Beschäftigungssituation von Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen verbessern

Dazu sagt die sozialpolitische Sprecherin der Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen,

Marret Bohn:

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich freue mich über den vorliegenden Antrag des SSW. Dadurch haben wir eine sozialpolitische Debatte zu einem wichtigen Thema - der Inklusion.

Der Weg zur Inklusion ist ein weiter Weg, das wissen wir alle. Wenn der Inklusion Steine im Weg liegen, ist es gut, wenn wir diese Steine gemeinsam aus dem Weg räumen. Für Inklusion, für soziale Teilhabe ist Arbeit und Beschäftigung ein wichtiger Baustein. Gerade für Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen gilt dies ganz besonders. Für sie sind Tagesstruktur, soziale Anerkennung und Anerkennung sehr wichtig.

Der vorliegende Antrag bezieht sich in erster Linie auf die Eingliederungshilfe und fordert ein bedarfsgerechtes Angebot. Das klingt gut. Ich denke, wir sollten uns jedoch erst einmal anschauen, was in Schleswig-Holstein schon alles geleistet wird. Und dann darauf aufbauen. Wir Grüne haben uns mit der Küstenkoalition für das Budget für Arbeit eingesetzt und wir setzen das mit der Jamaikakoalition fort. Auch wenn dieses Angebot nicht für alle geeignet ist, ist es ein Baustein für die Beschäftigung von Menschen mit Handicap.

Im nächsten Punkt ist die Sozialraumorientierung aufgeführt. Damit rennen Sie bei uns offene Türen ein. Das Bundesteilhabegesetz hat neben viel Licht auch viel Schatten gebracht. Darauf haben wir immer wieder hingewiesen. Das ist auch bei der Bezahlung von geleisteter Arbeit ein Problem. Auch das sollten wir uns einmal genauer ansehen. Diversität, soziale Teilhabe und Inklusion sind Grundpfeiler unserer Gesellschaft. Das Thema ist komplex und vielschichtig. Wir sollten uns eingehender damit beschäftigen. Und dabei die betroffenen Menschen und ihre Interessenvertretungen einbeziehen. Ich schlage eine Überweisung in den Sozialausschuss vor und freue mich auf die weitere, gemeinsame Beratung.
